

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 18/2444, 18/2657, 18/2857 –**

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes

**Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Bettina Hagedorn, Roland Claus und
Sven-Christian Kindler**

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Mautsätze an die Ergebnisse des neuen Wegekostengutachtens anzupassen.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch die neuen Mautsätze ergeben sich im Zeitraum 2015 bis 2017 Mindereinnahmen gegenüber dem Finanzplan 2014 bis 2018 von ca. 460 Mio. Euro. Dabei sind die erwarteten zusätzlichen Einnahmen aus der teilweisen Anlastung der Luftverschmutzungskosten bereits berücksichtigt.

Jahr	2015 in Mrd. €	2016 in Mrd. €	2017 in Mrd. €	2015-2017 in Mrd. €
Infrastrukturmaut	3,766	3,883	4,013	11,662
Bei der Maut berücksichtigte externe Kosten der Luftverschmutzung	0,459	0,356	0,264	1,079
Summe	4,225	4,239	4,277	12,741
Finanzplanansätze	4,402	4,400	4,400	13,202
Abweichung zum Finanzplan	- 0,177	- 0,161	- 0,123	- 0,461

Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

Weitere Kosten

Die Anlastung der Luftverschmutzungskosten führt zu einer kostenseitigen Belastung von Unternehmen, die Güterkraftverkehr betreiben. Im Gegenzug wirken die abgesenkten Mautsätze nach dem neuen Wegekostengutachten kostendämpfend.

Einzelpreisadjustierungen können nicht ausgeschlossen werden. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind jedoch nicht zu erwarten.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben. Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 8. Oktober 2014

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Löttsch
Vorsitzende

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Bettina Hagedorn
Berichterstatterin

Roland Claus
Berichterstatter

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter